

Bremen in Zeiten von Corona – #Leave250behind !

Zur Situation von Geflüchteten

Seit vielen Monaten fordern die Bewohner*innen der Landesaufnahmestelle für geflüchtete Menschen in Bremen-Vegesack, die Schließung der Einrichtung „Lindenstraße“. Die eh schon prekären Bedingungen wurden durch die Corona-Pandemie extrem verschärft. Zwischenzeitlich waren 200 Menschen in der von der AWO Bremen betreuten Einrichtung positiv auf das Virus getestet worden. Auch wenn die Bremer Politik dafür gesorgt hat, dass die Anzahl der Bewohner*innen sukzessive auf 250 Leute reduziert werden sollen, bleibt es dabei:

„Kein Mensch braucht die Lindenstraße.“¹

Wir gehen anhand der Bremer Situation in der Lindenstraße der Frage nach, warum trotz aller staatlichen Bemühungen zur Eindämmung von Covid-19 die Massenunterbringung von Geflüchteten nicht geschlossen werden. Wir wollen aufzeigen, wie Staatsbürgerschaft und gesundheitsverträgliche Lebensbedingungen miteinander verknüpft sind und verantwortliche Akteure vor Ort nicht ihre Handlungsspielräume ausschöpfen. Seit März 2020 nutzen die Bremer Gesundheits- und Sozialbehörden, sowie die AWO Bremen ihre Macht nicht im Sinne der Bewohner*innen und ihrer Gesundheit. Stattdessen zeigt sich, dass sie die strukturell rassistischen Regeln wie selbstverständlich ausführen. Einige Verantwortliche rechtfertigen ihre Politik mit Sachzwang- oder Rechtsstaats-Argumenten. Diese Aussagen verweisen darauf, dass Verantwortliche sich lieber in Ausreden flüchten und nichts ändern wollen. Die meisten Verantwortlichen scheinen darüber hinaus die Prinzipien und Regeln selbst sinnvoll zu finden. Ihr eigener Rassismus offenbart sich in Schuldzuweisungen, kleinlichen Rechtfertigungen und Diffamierungen von selbstorganisierten Initiativen von geflüchteten Menschen.

Allgemeines zu Massenunterbringungen: No Border, no Nation - Stop Deportation

Laut den »allgemeine Prinzipien der Risikoeinschätzung« des Robert Koch Instituts (RKI) besteht ein erhöhtes Infektionsrisiko mit Covid-19 vor allem an beengten und schlecht durchlüfteten Orten, an denen bereits eine Infektion auftrat und die Möglichkeiten zur Handhygiene begrenzt sind. Die allseits bekannten Maßnahmen sind mind. 1,5 Meter Abstand zu halten, Menschenansammlungen zu vermeiden und sich nicht mit vielen Menschen in geschlossenen Räumen aufzuhalten.² Geflüchteten-Einrichtungen sind vom Prinzip her, gekennzeichnet durch Enge, Mangel an medizinischer Versorgung, keiner Privatsphäre, Mehrbettzimmer und gemeinsamer Nutzung der Sanitär- und Essensbereiche. Es ist bekannt, dass Geflüchtete und generell Menschen, die in beengten Wohnsituationen leben, einem erhöhten Risiko an Covid-19 zu erkranken ausgesetzt sind.³

Mit Beginn der steigenden Corona-Infektionen in Deutschland fiel deutlich auf, dass die deutschen Behörden sich überhaupt nicht darum kümmerten, dass Ansteckungsrisiko für Menschen in

1 <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/2020/04/kein-mensch-braucht-die-lindenstrasse/>

2 <https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/verhaltensregeln.html>.

3 Das spiegelt sich auch an den Infektionszahlen wieder: In Bremen sind rund 200 Geflüchtete in den letzten Monaten positiv getestet worden, das entspricht einem Anteil von 12% der Infektionen im Land Bremen.

Geflüchteten-Unterbringung zu minimieren – wohingegen sie gegenüber ihren Staatsbürger*innen in vielen Situationen schnell und durchgreifend reagierten, z.B. wenn es um Rückholaktionen von Staatsbürger*innen aus dem Ausland ging. Das unterschiedliche Vorgehen verweist auf unterschiedliche staatliche Interessen an Menschen. Der Staat sortiert Menschen in eigene Staatsbürger und nicht eigene Staatsbürger. Die zur eigenen Nation gehörenden Staatsbürger*innen bilden die Grundlage für die eigene Machtbasis. Sie sind ganz faktisch der eigenen Staatsgewalt unterstellt. Bei ihnen ist eine quasi ‚naturwüchsige Loyalität‘ gegenüber Deutschland unterstellt. Alle anderen Menschen dürfen auf dem Territorium nicht selbstverständlich sein. Bei ihnen prüft der deutsche Staat, inwiefern sie aus welchen Nützlichkeitsüberlegungen ‚rein‘ dürfen. Für den Staat je nach aktueller Lage als ‚nützlich befundene Menschen‘ lädt er explizit ein (z.B. Erasmusstudierende, etc.). Andere Menschen sollen und dürfen nicht einfach herkommen.

Wenn Menschen es doch geschafft haben auf das Territorium zu kommen, können sie nicht einfach da bleiben. Sie müssen in Deutschland ein Verfahren durchlaufen, in dem erst festgestellt wird, ob sie das Recht haben hier zu sein: Es wird staatlich bestimmt, was legitime Gründe eines Aufenthalts sind. Sie werden behördlich ausgelegt und geprüft. Diese Asylverfahren sind für die Betroffenen oft anstrengend und belastend. Im besten Fall bekommen die Betroffenen aus politisch motivierten Kalkulationen Asyl. Die Dauer der Verfahren geht dabei, „willkürlich schnell bis endlos lang“ (ProAsyl). Während der Zeit des Verfahrens, wird den Betroffenen staatlich angeordnet in den ersten Monaten in der zentralen Aufnahmestelle zu leben. Sie können sich also nicht selbstständig ein nettes Zuhause suchen, sondern müssen in Einrichtungen leben, die den Staat so wenig wie möglich kosten und die Asylsuchenden abschrecken sollen. Es zielt darauf, Menschen aus Europa und insbesondere aus Deutschland raus zuhalten.

Die prekären Lebensbedingungen werden in Zeiten der Verbreitung eines hoch infektiösen Virus zu einer langfristig gesundheitsschädlichen und z.T. lebensbedrohlichen Gefahr. Konfrontiert mit dieser Kritik, sagt die für die Betreuung der Unterkunft in Bremen verantwortliche AWO Bremen dazu: „Sicherlich ist eine Erstaufnahmeunterkunft nicht das Ideal einer Unterbringung“⁴. Sie zeigt damit, dass sie mit den schlechten Lebensbedingungen absolut einverstanden ist, sie gar für geflüchtete Menschen für ‚selbstverständlich‘ hält.

In diesen auf Abschreckung ausgelegten zentralen Masseneinrichtungen sind alle von den Wissenschaftsinstituten inspirierten staatlichen Empfehlungen und Vorgaben zur Eindämmung von Covid-19 strukturell nicht umsetzbar.⁵ Im Folgenden wird es um das Handeln der politisch und organisatorisch Verantwortlichen vor Ort in Bremen gehen. Anstatt nämlich den rechtlichen Handlungsspielraum zu nutzen in Corona-Zeiten einen Infektionsherd zu verhindern und die Erstaufnahmeeinrichtung dicht zu machen, legten viele Verantwortliche - allen voran die Sozialsenatorin Anja Stahmann und die Bremer AWO - unterschiedliche Maßstäbe an den Gesundheitsschutz von Menschen und diffamierten die Anliegen der Bewohner*innen.

Beispiel Bremen und die Lindenstraße: Das zweite 'Virus' heißt Nationalismus

4 Aus "Fakten gegen Fakenews" auf der Website der AWO Bremen

5 <https://jungle.world/artikel/2020/14/erst-eindaemmen-dann-aufnehmen>.

Die Landesaufnahmestelle (LAST) in der Lindenstraße in Bremen-Vegesack ist eine Massenunterkunft⁶. Auch hier teilen sich die Menschen das Badezimmer und den Essbereich. Bis zu 20 Personen wohnen auf der gleichen Ebene. Alle Familienmitglieder teilen sich ein Zimmer. Gibt es mit Covid-19 Infizierte, wird eine Quarantäne pro Ebene verhängt. Dies führt dazu, dass Menschen mehr als zwei Wochen unter Quarantäne sein müssen, wenn sich immer wieder neue Leute anstecken. Das macht die beschissene Lage für die dort Wohnenden besonders deutlich. Es wird nicht dafür gesorgt, dass Bewohner*innen vor Ansteckung geschützt werden, indem sie beispielsweise möglichst schnell dezentral untergebracht werden. Stattdessen werden alle durch das Einsperren einer erhöhten Gefahr ausgesetzt. Gemäß dem Motto: lieber sollen sich alle drinnen anstecken, als das Virus nach draußen zu tragen.⁷

Die Kritik der Bewohner*innen der Lindenstraße an den Verhältnissen dort hält an und wird breit unterstützt: Together-we-are-Bremen, Solimed, Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.⁸, Flüchtlingsrat, diverse linke Gruppe und Einzelpersonen. Es gibt Demos, Autokorso, öffentliche Stellungnahme zahlreicher Bremer Kulturschaffender... Sogar der Bremer Zusammenschluss der Wach- und Sicherheitsbranche (Wasi) bei der Gewerkschaft Ver.di ist für die Schließung der Lindenstraße. Sie sehen sich als gemeinsam betroffen, da auch ihre Mitarbeiter*innen einem unnötigen Risiko ausgesetzt sind. Diese Mobilisierung zusammen mit einer kritischen lokalen Berichterstattung setzt die AWO, die Sozialsenatorin Anja Stahmann (Die Grünen) und die Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Die Linke) kurzzeitig massiv unter Druck. Die RKI Maßnahmen-Empfehlungen könnten die juristische Argumentation für eine Schließung bedeuten. Aber anstatt in der Richtung was zu versuchen, reagieren die meisten der Verantwortlichen mit Rechtfertigungen, Schuldzuweisungen und Nationalismus.

Die AWO setzt der Kritik in der Sache nichts entgegen, sondern rechtfertigt sich mit kleinlichen, formalen Korrekturen. Sie erwähnt beispielsweise, dass die Zimmer nicht mit 10, sondern mit 7 Bewohner*innen belegt seien. Ein Zimmer langfristig mit 7 Menschen aus einem Familienverband zu teilen, die einem näher oder entfernt sind, findet die AWO völlig in Ordnung. Dass Menschen sich trotz irgendwie verwandtschaftlicher Beziehungen gegenseitig anstecken können, übergeht die AWO einfach. Die Debatte um Mindeststandards verweist einerseits auf den breiten Interpretationsspielraum, dessen was „menschene würdig“ ist, andererseits auf die Macht derjenigen, die das bestimmen oder ausführen: 7 Menschen in einem Raum findet die AWO angemessen. Aber ab 8 würde es ja wirklich „unmenschlich“?

Nach Auffassung der AWO ließe sich bei sieben Menschen pro Raum und mit zwanzig Menschen geteilten Sanitäreanlagen auch die Ausbreitung eines über Luft hoch infektiösen Virus aufhalten. So schreibt die AWO in ihren „Fakten gegen Fake News“: *„Wahr ist auch, dass sich einige Personen nicht an die erforderlichen Schutzmaßnahmen halten. So wird bspw. in der Kantine – obwohl aufgrund der verlängerten Essenszeiten genügend Platz wäre – häufig kein Abstand gehalten. Und*

6 Die Einrichtung ist ausgelegt auf 750 Personen.

7 Dies gilt auch für Pflegeeinrichtungen, etc.

8 Dieser ist nicht explizit für die Schließung der LAST Lindenstraße, aber generell für dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen.

so finden mitunter Treffen von mehreren Personen, die nicht ein Zimmer teilen, in einem Zimmer statt“. Fake ist, dass die erforderlichen Hygienemaßnahmen in einer zentralen Massenunterkunft eingehalten werden können bzw. ihren Sinn behalten, wenn sie nur an wenigen Stellen ermöglicht werden. Im Gegensatz dazu führen die AWO und Sozialsenatorin Anja Stahmann⁹ die Verbreitung auf die Nicht-Einhaltung der nötigen Regeln durch die Bewohner*innen zurück. Damit schieben sie die Verantwortung von sich und behaupten Corona habe sich in der Einrichtung ausgebreitet wegen des Verhaltens der Leute und nicht aufgrund der schlechten Bedingungen in der Einrichtung.

Darüber hinaus scheint hier auch ein nationalistischer Blick à la "die halten sich nicht an unsere Regeln" und „die sind undankbar“ durch. „Die“, das sind „die anderen“, „die Geflüchteten“. Das rassistische Urteil, dass sie eigentlich nicht nach Deutschland gehören, teilen viele Menschen mit der staatlichen Politik. Es geht häufig weiter damit, dass sich Geflüchtete dementsprechend extrem dankbar und anpassungsbereit zeigen müssten. Diese Erwartungen respektive Ansprüche sprechen auch aus der folgenden Darstellung der AWO: Einige Mitarbeitende hätten mit Bewohner*innen, die öffentliche Kritik an der Praxis der AWO äußerten, das Gespräch gesucht. Sie hätten dabei versucht *„ihre Sicht der Dinge darzulegen. Dabei wurde auch die Enttäuschung einzelner Mitarbeiter*innen darüber zum Ausdruck gebracht, dass einzelne Bewohner*innen in der Öffentlichkeit Unwahrheiten über sie verbreiten.“*

Die AWO geht sogar noch einen Schritt weiter, indem sie die selbstorganisierte Initiative von Geflüchteten „Together we are Bremen“ auf ihrer Homepage nicht anerkennt, sich ihr gegenüber ignorant verhält und sie als unseriös framt: *„Gesteuert werden die konzertierten Aktivitäten unter anderem von einer in Litauen ansässigen Website ohne Urhebernachweis (<https://togetherwearebremen.org/>).“* Dafür holt sich die AWO staatliche Legitimation, indem sie auf das Lexika zur „kritischen Mediennutzung“ der Bundeszentrale für politische Bildung verweist.

Es zeigt sich, dass die AWO und die lokale Politik die Normalität, in der Menschen sortiert und aussortiert werden, nicht im Geringsten kritisieren. Gestritten wird sich um schlechte und weniger schlechte Zustände. Aber nicht mal hier sind Verbesserungen in Sicht. *„Bremen ist durch Bundesrecht verpflichtet, eine Erstaufnahmeeinrichtung zu betreiben“*, heißt es vom Sprecher der Sozialbehörde. Und weiter: *„Ein Bundesland ohne Ankunftszentrum für Asylsuchende funktioniert nicht. Vor allem bei gleichzeitiger Forderung Geflüchtete sofort aufzunehmen. Bitte selber nachdenken.“*¹⁰ Die Frage ist nur, wo gesetzlich verbindlich festgelegt ist, dass Erstaufnahmeeinrichtungen für 750 Menschen ausgelegt und zentral eingerichtet sein müssen? Nirgendwo – nicht so, dass sich eine Kommune oder Bundesland – sich nicht anders entscheiden könnte.

Nicht nur in Zeiten von Corona ist die zentrale Landesaufnahmestelle und generell Massenunterbringung scheiße. Asyl ist keine menschenfreundliche Angelegenheit, sondern immer nur abhängig von staatlichen Nützlichkeitskalkulationen. Der staatlich organisierte Normalzustand

⁹ Sagte etwas ähnliches wie "nicht alle Bewohner*innen halten sich an die Hygienemaßnahmen" in einem Interview mit Buten un Binnen.

¹⁰ Tweet von Sozialbehörde: <https://taz.de/Archiv-Suche/!5673390&s=lindenstra%C3%9Fe&SuchRahmen=Print/>

bedeutet für Geflüchtete nicht erwünscht und eingesperrt zu sein. Ihre Forderungen nach dezentraler Unterbringung, Möglichkeiten sich zu schützen und medizinischer Versorgung werden als anmaßend oder unrealistisch zurückgewiesen. Unter Corona wird nochmal besonders deutlich, wie prekär die Zustände sind und dass die deutschen Behörden welche unterschiedliche Maßstäbe an Gesundheitsschutz anlegen.

Es gibt aktuell nur eine Lösung: #shutdownlindenstraße